Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: E. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegert in Frankenberg

№ 169 — Freitag den 22. Juli 1927 nachmittags — 86. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Die Reichsregierung hat sich veranlaßt gesehen, ihr lebhaftes Bedauern über den Aufruf des Vorsitzenden des Reichsbanners, Hörsing, Ausdruck zu geben, der sich mit den letzten Ereignissen in Wien befaßt.

In Wien fand gestern unter Beteiligung der Regierung, der Polizeidirektion und der gesamten Generalität die Beisetzung der gefallenen Polizeibeamten statt.

Der Wiener Gemeinderat hielt gestern eine Trauersitzung ab. Heute soll in dem Gemeinderat die Frage der Gemeindeschutzwache zur Sprache kommen.

Im Reichsrat kam es gestern zu einem neuen Zusammenstoß zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten Braun und dem Reichsinnenminister von Keudell.

Die sterblichen Ueberreste des Königs von Rumänien sind gestern abend nach Bukarest überführt worden.

Der österreichische Gesandte, Dr. Grünberger, sprach sich in Paris über die politische und wirtschaftliche Lage Oesterreichs aus.

Zwischen Italien und Südslawien ist es zu einem neuen Zwischenfall gekommen. Die italienisch-südslawischen Verhandlungen sind auf einem toten Punkt angelangt.

In Warschau wird mit dem Rücktritt des Außenministers Zaleski gerechnet.

In Rußland sollen in den letzten zwei Tagen 45 Todesurteile gefällt und vollstreckt worden sein.

Der diplomatische Vertreter der Sowjetunion in Wien ist infolge der Wiener Vorgänge abberufen worden.

Die Lehren von Wien

Von Dr. Külz, M. d. R.

„Volk ist, wer eine gemeinsame Not empfindet." Dies Wort Richard Wagners offenbarte sich wieder bei den schmerzlichen Tagen, die über Wien hereinbrachen. Wir empfanden das Leid von Wien als eigenes Leid. Kolorierte Landkarten vermögen eben doch nicht das innere Zusammengehörigkeitsgefühl derer zu berühren, die eines Blutes und Stammes sind. Aufrichtige und wahre Teilnahme verweilt nicht nur an der Oberfläche, sie fühlt nicht nur, sondern sie forscht nach den Gründen und Ursachen des Leides, das den anderen betroffen hat.

Unter dem ersten Eindruck der Ereignisse in Wien sind manche Urteile und Schlußfolgerungen geäußert worden, die einer objektiven Prüfung nicht Stand zu halten vermögen. Das wird in Tagen hochgehender Erregung immer so sein. Aber die Aufgabe der verantwortungsbewußten Politik bleibt es, ohne stimmungsmäßige Beeinflussung den Dingen mit nüchterner, kalter Objektivität auf den Grund zu gehen, um das einzig Gute zu sichern, das selbst solche grauenhafte Vorkommnisse haben: um aus ihnen zu lernen.

Den äußeren Anlaß zur Explosion gab das sogenannte Schattendorfer Urteil. War es ein Fehlurteil? Selbst wenn man die Frage bejahen müßte, so darf daraus nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß die österreichische Justiz einseitig politisch eingestellt sei, umsoweniger, als es sich hier nicht um den Spruch juristisch vorgebildeter Richter, sondern um den Spruch eines Geschworenengerichts, also eines Volksgerichts handelt. Ein Fehlurteil würde also lediglich zu dem Schluß berechtigen, daß auch ein Volksgericht zuweilen irren oder — vielleicht ganz ungewollt — in seinem Unterbewußtsein politisch nicht absolut frei sein kann. Man wird aber gerade im Schattendorfer Prozeß sehr vorsichtig mit einem solchen Urteil werden, wenn man sich die Mühe nimmt, die Zusammensetzung der Geschworenenbank festzustellen. Da ergibt sich die überraschende Tatsache, daß von den 12 Geschworenen die Hälfte dem Arbeiterstand angehört, daß aber auch die anderen Geschworenen zum überwiegenden Teil Angehörige des kleinen Mittelstandes waren. Von einer politisch reaktionären einseitigen Zusammensetzung des Gerichtes war also nicht die Rede. Der ausschlaggebende Moment liegt darin, daß im österreichischen Strafprozeß ein Schuldspruch der Geschworenen nur mit zwei Drittel Mehrheit Gültigkeit hat. Will man eine solche humane, den Angeklagten mit starkem Schutz umgebende Vorschrift deswegen verwerfen, weil sie im vorliegenden Falle das bekannte Ergebnis gezeitigt hat? Aber zu dieser Schlußfolgerung liegt umsoweniger Anlaß vor, als es sich gar nicht um ein endgültiges, letztinstanzliches Urteil handelte, sondern um einen Spruch, der mit Nichtigkeitsbeschwerde angefochten und zur Nachprüfung durch eine höhere Instanz gebracht werden konnte und tatsächlich gebracht werden wird. Die Nachprüfung des Urteils eines Volksgerichts durch die Gasse ist in einem demokratischen Staat unbedingt und absolut zu verwerfen.

Aber das Schattendorfer Urteil gab doch eben nur den äußeren Anlaß. Die inneren Gründe lagen und liegen tiefer und sind sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch bedingt. Die soziale und wirtschaftliche Struktur Wiens innerhalb der Republik Oesterreich, wie sie durch das Diktat von St. Germain geschaffen worden ist, wird immer ein Herd für politische und soziale Explosionen bleiben. Am besten wird diese Tragik gekennzeichnet in der Zeitung eines Staates, der zu denen gehört, die diesen Zustand vor der Menschheit und der Geschichte zu verantworten haben, im „Journal de Paris": „Wien befindet sich heute in dem besonders besorgniserregenden Falle, die wasserköpfige Hauptstadt eines Kleinstaates zu sein. Das Mißverhältnis zwischen einer Bevölkerung von zwei Millionen, einem großen industriellen Organismus, dem Erbe der Habsburger und der gegenwärtigen Not in einem vollkommen aus den Fugen geratenen Staate ist überwältigend." Es ist bewundernswert, wie die verantwortlichen Stellen in Wien sich bemühen, die Unzuträglichkeiten dieses Zustandes zu überwinden, aber alle diese Arbeit wird bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Art der österreichischen Staatlichkeit immer nur ein mehr oder weniger gelingendes Abfinden mit Unmöglichkeiten bleiben müssen.

Eine weitere Gefahrenquelle kommt hinzu. Christlichsoziale und Großdeutsche auf der Rechten und Sozialdemokraten auf der Linken stehen sich gegenüber, ohne daß eine demokratische Mittelpartei eine Brücke von rechts nach links gangbar erhalten könnte. Das Fehlen einer demokratischen Partei, das heißt einer Partei des Ausgleichs und der Versöhnung, gibt dem politischen Leben eine Schärfe, die auch ihrerseits ein Herd von Explosionen sein muß. Man sollte gerade in Deutschland diese Lehre recht gründlich würdigen.

Aus diesem politisch-psychologischen Hintergrunde haben wir das Bild der Wiener Schreckenstage zu betrachten. Die wirklich grauenhaften Züge, die dieses Bild aufweist, liegen freilich abseits der Politik. Was vor dem Justizpalast und vor den Polizeiwachen sich austobte, war nackte, unverhüllte Bestialität. Diese Vorgänge irgendwie beschönigen zu wollen, sollte vor allem jeder Demokrat weit von sich weisen. Die Demokratie verwirft jeden Despotismus, gleichviel ob er in purpurnem Gewande auftritt, oder ob er, wie in Wien, nach der Kloake riecht. Gegen Bestialität muß die Menschheit geschützt werden, und deswegen ist es ganz verkehrt, der Polizei in Wien aus ihrem Vorgehen irgend einen Vorwurf zu machen. Wer den Wiener Polizeipräsidenten Schober, diesen gütigen, feingeistigen Menschen, kennt, weiß, wie fern ihm alles polizeiliche Kraftmeiertum liegt, aber wem die Sicherheit von Mensch und Eigentum anvertraut ist, würde verbrecherisch handeln, wenn er in solchen Fällen nicht durchgriffe. Die Polizeibeamten sind ja doch auch Menschen und haben Frauen und Kinder zu Hause und können erwarten, daß man sie nicht durch unzulänglichen Einsatz einer rasend gewordenen Meute hilflos preisgibt. Gerade die Demokratie braucht stärkste Staatsautorität; wer sich an ihr vergreift, muß wissen, was er aufs Spiel setzt.

Die Demokratie kennt auch keinen Ersatz der Staatsgewalt durch die Funktionäre einer Partei. Prätorianergarden kennt nur der Despotismus, die Demokratie kennt sie nicht. Deswegen ist das Auftreten von Heimwehren, von politisch orientiertem Gemeindeschutz, wie überhaupt von allen politisch orientierten Verbänden in politisch unruhigen Zeiten immer ein Zeichen, daß die Staatsautorität in wahrhaft demokratischem Sinne noch nicht restlos konsolidiert ist.

Die Regierung hat in Wien inmitten der sie umbrandenden Wogen kaltes Blut bewahrt. Leider kann man das Gleiche nicht uneingeschränkt von der Sozialdemokratie als Oppositionspartei behaupten. Ihr den Aufruhr als politische Aktion in die Schuhe schieben zu wollen, ist töricht, aber die Tatsache bleibt doch bestehen, daß der Aufruhr eben in Wien ausbrach, wo die Sozialdemokratie seit langem uneingeschränkt am Ruder sitzt, und daß sie die Parole zu einem Streik ausgab, den sie nicht durchhalten konnte und der keinen anderen Erfolg erzielte, als den Ruf Wiens und Oesterreichs als Fremdenstadt und -land aufs schwerste zu erschüttern. Das eine wird man allerdings anerkennen müssen, daß sich die Führer der Sozialdemokraten bemüht haben, die aufgeregten Massen der Desperadopolitik unverantwortlicher Brandstifter zu entziehen, und daß ihre Führer sich dabei nicht im Hintergrund gehalten, sondern persönlich auch dort exponiert haben, wo die tobende Menge zunächst auch gegen sie selbst anging. Der Kampf an den Barrikaden ist beendet, die Feuersbrunst des Justizpalastes ist gelöscht, aber die Kampf- und Brandherde werden erst noch zugeschüttet werden müssen.

•

Neue kommunistische Störungsversuche

Wien, 21. 7. Die Regierung beorderte am Mittwoch spät abends eine Kompanie des Bundesheeres nach Blumau bei Wien, wo sich die Pulvermagazine, Munitionsdepots und Munitionswerkstätten des Bundesheeres befinden. Diese außerordentliche Maßnahme ist auf den noch am Mittwochabend bekannt gewordenen Plan der zahlreichen kommunistischen Arbeiter in Blumau zurückzuführen, am Donnerstag einen größeren Anschlag auf die Heeresmagazine durchzuführen. Im übrigen ist es am Mittwoch zu mehreren kleinen Zusammenstößen gekommen.

•

Ein österreichisches Ermittelungsverfahren gegen Pieck

Der deutsche kommunistische Landtagsabgeordnete Wilhelm Pieck, der während der Wiener Aufruhrtage ohne Papiere nach der österreichischen Hauptstadt flog und dort verhaftet wurde, wird, wie die „Neue Freie Presse" meldet, nicht an die Grenze zurückgeführt, sondern in strafgerichtliche Untersuchung gezogen werden unter dem Verdacht, an der Agitation zur Veranstaltung neuer Unruhen teilgenommen zu haben. Pieck soll bereits in das Landesgericht übergeführt worden sein.

Auch ein Konflikt

(Eigener Informationsdienst)

Berlin, 22. Juli.

Die zahlreichen Punkte, in denen das Reich und Preußen verschiedener Meinung sind, haben sich um einen weiteren vermehrt, auf den wohl so leicht niemand gekommen wäre. Es handelt sich nämlich dieses Mal um die 24-Stunden-Zeit. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die neue Zeitregelung so unpopulär wie nur möglich sei und man sie dem Volk nicht gewaltsam aufzwingen solle. Mit dieser Auffassung dürfte das Kabinett Marx der begeisterten Zustimmung aller Volkskreise — mögen sie sonst zur Regierung stehen, wie sie wollen — sicher sein. Das preußische Staatsministerium allerdings ist anderer Auffassung und hat für seinen Dienstbereich verfügt, daß die 24-Stunden-Zeit durchweg — also nicht nur für Post und Eisenbahn — offiziell einzuführen ist. Also ein neuer „Konflikt" zwischen dem Reich und seinem Schmerzenskind Preußen, der glücklicherweise etwas harmloser ist als diese sonst zu sein pflegen. Andernfalls käme es gar noch wegen der 24-Stunden-Zeit zu einer Kabinettskrise, und dann würde es wirklich — zum ersten Mal in deutschen Landen — dreizehn schlagen.

Levine baut ein neues Ozeanflugzeug in Frankreich

Paris, 22. 7. (Funkspruch) Der amerikanische Ozeanflieger Levine, der mit dem Franzosen Drouhin einen Ozeanflug Frankreich—Amerika vorbereitet, erklärte gestern gegenüber dem Vorsitzenden der Heereskommission, und der parlamentarischen Gruppe für Flugwesen, General Girod, daß er gegenwärtig in Frankreich ein neues Flugzeug bauen lasse, das für einen Transatlantikflug noch geeigneter sei, und mindestens 2000 Kilometer mehr zurücklegen könne als die „Columbia". Der Start werde kaum vor 2 bis 3 Wochen stattfinden können.

Das Kind als König

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 22. Juli.

Rascher als selbst Pessimisten es angenommen hatten, scheint die komplizierte rumänische Thronfolge zu einem Konflikt zu führen. Während die Gesandten der europäischen Staaten der Königin-Witwe noch feierlich ihr Beileid aussprachen, während das Volk in den Straßen Bukarests den 5jährigen Prinzen Michael zujubelte, hat der Kronprinz Carol in aller Heimlichkeit seine Villa in Neuilly, einem Vorort von Paris, verlassen und sich auf die Wanderschaft begeben. Journalisten, die ihn, sobald sie von dem Tode seines Vaters gehört hatten, über seine Pläne und Absichten ausfragen wollten, haben das Nest bereits leer gefunden. Wenigstens wurde ihnen gesagt, Prinz Carol sei abgereist. „Wohin?" Das weiß kein Mensch. Andere behaupten wieder, das sei nur eine Ausflucht gewesen, der Prinz säße friedlich in Neuilly und lasse sich nur konsequent verleugnen. Wie dem auch sei, sicher ist, daß der Prinz — geht es nach ihm — Neuilly bald mit Bukarest vertauschen möchte. Selbstverständlich nur, um an dem Begräbnis seines Vaters teilzunehmen. Wer würde wohl auch etwas anderes annehmen? Gewiß, es wird kaum zu verhindern sein, daß Carol, wenn er erst einmal in Rumänien ist, auch mit ein paar Führern der Bauernpartei und ein paar Generälen einige Unterhaltungen hat. Aber es scheint beinah, als wenn der Ministerpräsident Bratianu der Ansicht wäre, diese Aussprachen könnten für die Rumänien-Fahrt des Ex-Kronprinzen der eigentliche Grund, das Begräbnis des Vater dagegen nur der Vorwand sein, und da Bratianu nicht die geringste Lust verspürt, auf diese Weise dem Mann die Wege zu ebnen, von dem er alles zu befürchten hat, ist es durchaus begreiflich, daß der Ministerpräsident erklärt, solange er etwas zu sagen habe, werde Prinz Carol nicht die Einreiseerlaubnis bekommen. Ganz kluge Leute wollen sogar wissen, daß die viel beachtete, lange Unterredung, die Bratianu mit Manin, dem Führer der Bauernpartei im Parlament, gehabt hat, sich lediglich um diesen Gegenstand drehte, denn die Bauern sind nach wie vor die stärkste Stütze und die treuesten Anhänger, die Carol in Rumänien hat. Innerhalb des Offizierskorps, auf das er sich bis vor kurzem noch unbedingt verlassen konnte, hat die rücksichtslose Personalpolitik des Ministerpräsidenten doch bereits einigen Einfluß gehabt, und noch weniger kann Prinz Carol auf seine Mutter rechnen.

Die Königin Maria ist ohne Zweifel nicht weniger ehrgeizig als die Kaiserin Zita. Aber sie ist klüger, sie weiß, daß man in der Politik auch manchmal abwarten muß. Gewiß, auch bei der jetzigen Regelung ist ihr offiziell gar kein Einfluß eingeräumt worden. Inoffiziell beherrscht sie aber durch den Prinzen Nikolaus den ganzen Regentschaftsrat. Sollte sich Carol dagegen durchsetzen, so wäre sie nichts anderes, wie Königin-Mutter ohne Einfluß und ohne Macht. Auch ihr dürfte also die jetzige Regentschaft bedeutend lieber sein, da sie sich als kluge Frau sagt, daß in 13 Jahren vieles passieren kann.

Solange dauert es nämlich noch, bis der „König" Michael großjährig wird. Man hat gestern diesem jetzt 5jährigen Siebenmonatskind, das zur Feier seiner Krönung einen weißen Matrosenanzug angezogen bekommen hatte, zugejubelt, man hat ihm die Krone aufgesetzt und ihn zum König gemacht. Eine Demonstration, die keinen Kundigen darüber hinwegtäuschen kann, daß es in diesem Lande zur Stunde nur einen Machthaber gibt, und das ist der Ministerpräsident Bratianu. Er hat das Glück, daß seine Gegner — die Königin, Prinz Carol, General Averescu — so uneins sind, daß sie sich nicht zu gemeinsamem Handeln aufraffen können. Solange das nicht geschieht, ist seine Stellung unbedingt gesichert. Finden sich aber Averescu und Prinz Carol zusammen, so wird der Kampf um die Thronfolge von neuem entbrennen, so wird Rumänien am eigenen Leibe die Wahrheit des Wortes spüren müssen: „Wehe dir, Land, des König ein Kind ist!"

•

Carol in Frankreich festgehalten?

Sechs Monate Hofkrawer.

Paris, 21. 7. Der Pariser Korrespondent des „Daily Expreß" drahtet seinem Blatte, er wisse aus maßgebender Quelle, daß alle französischen Fluggesellschaften angewiesen worden seien,